

INFOMOBIL

Advice for juvenile refugees
Consultation de réfugié(e) mineur(e)s
مشاوره برای نوجوانان مهاجر

Infomobil Hamburg
infomobil-hamburg@antira.info



café
Spaldingstraße 41 Tel. 236 82 16

Behörde für Arbeit , Soziales, Familie und Integration (BASFI)
Amt für Familie
Hr. Riez
Hamburger Straße 47

22083 Hamburg

Hamburg, 08.09.2014

Aktualisierte Dokumentation zur Situation in der EVE Feuerbergstraße und KJND // Unser Schreiben vom 16.03.2014 // Schreiben des LEB und HAKIJU vom 21.03.2014

Sehr geehrter Herr Riez,

aus gegebenem Anlass möchten wir verschiedene Sachverhalte zur Situation in den Einrichtungen in der Feuerbergstraße an Sie herantragen. Diese Dokumentation beruht auf eigenen Beobachtungen und Berichten von Jugendlichen aus den vergangenen Wochen. Dabei offenbart sich auch eine große Distanz zwischen der beobachteten Realität und den angekündigten Verbesserungsmaßnahmen aus dem Antwortschreiben des LEB und HAKIJU vom 21.03.2014 auf unser Schreiben vom 16.03.2014, das Sie seinerzeit in Kopie erhielten.

Wir weisen darauf hin, dass die folgenden Sachverhalte zum Schutz der Jugendlichen auf eine Weise dargestellt sind, die möglichst wenige Rückschlüsse auf einzelne Personen zulässt.

Abweisen durch Altersschätzung und wegen Überfüllung

Höchst dringlich und schockierend ist die (Nicht-)Aufnahme von hilfebedürftigen Jugendlichen. Wir lehnen die Altersschätzung bei Jugendlichen grundsätzlich ab, insbesondere wenn sie dazu führt, dass Jugendliche als volljährig deklariert werden und deshalb von Hilfsangeboten ausgeschlossen sind. Ein Fall von unzähligen wurde von Journalisten der Sendung „Panorama 3“ dokumentiert (Ausstrahlung 10.06.2014, NDR) und verdeutlicht, wie willkürlich das Alter betroffener Jugendlicher festgelegt wird. Unsere Beobachtungen lassen uns vermuten, dass dieses vermehrt geschieht, wenn der KJND stark belegt bis überfüllt ist.

Derzeit werden offenbar sogar eindeutig minderjährige Jugendliche abgewiesen. Uns wurde berichtet, dass Hilfesuchende einen Zettel mit Adressen von Moscheen erhalten sowie den Rat, dort um Obhutnahme zu bitten. Dieses bestätigt die Recherchen des Hamburg Journals, welche die Verweigerung der Inobhutnahme als auch den Verweis an nicht zuständige, religiöse Einrichtungen dokumentieren (Ausstrahlung 02.09.2014¹):

¹ Abrufbar unter (http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hamburg_journal/Kindernotdienst-ist-ueberlastet-hamj35976.html)

"Das bedeutet, dass junge (sic!) Flüchtlinge (sic!), die ohne Eltern nach Hamburg kommen, keine Unterstützung in Form eines Schlafplatz (sic!) Essen und pädagogischer Betreuung geboten wird."

Dieser Aufnahmestopp verstößt gegen den Schutzauftrag des KJND und hat dramatische Konsequenzen: Junge Flüchtlinge stehen schutzlos auf der Straße.

Umgang mit den Jugendlichen

Jugendliche, die einen Platz in den Einrichtungen EVE und KJND haben, leiden unter anderen Vorkommnissen. Betreuer_innen sind wiederholt durch verbale Übergriffe aufgefallen. Jugendliche berichteten uns, dass sie von ihren Betreuer_innen beleidigt wurden. Dazu wurde sich in einem uns bekannten Fall sogar der Muttersprache des Jugendlichen bedient, um diesen als „Esel“ zu beschimpfen. Auch sonst fällt auf, dass der Umgang mit den Jugendlichen nicht immer von Verständnis und Empathie geprägt ist. Entscheidungen werden nicht ausreichend erklärt, auf das Gesprächsbedürfnis der Jugendlichen wird nicht ausreichend eingegangen. Mit Sorgen und Problemen sind viele Jugendliche allein gelassen.

Polizei- und Rettungswageneinsätze

In der letzten Zeit beobachten wir vermehrt Polizei- und Rettungswageneinsätze. Nach Schilderungen von Jugendlichen und eigenen Beobachtungen verletzen einige Jugendliche sich selbst und andere. Nicht selten können wir die Eskalation von Konflikten mit eigenen Augen verfolgen. Warum versuchen die Betreuer_innen nicht, zu schlichten, bevor es zu Gewaltausbrüchen kommt? Zumal sie offen zu beobachten sind. Eine frühzeitige Intervention könnte manchen Rettungseinsatz verhindern. Wir sind schockiert, dass immer wieder Jugendliche in Handschellen abgeführt werden als wären sie Kriminelle. Auch sind wir entsetzt, dass häufig Jugendliche verletzt ins Krankenhaus gebracht werden müssen.

Die Rolle des Infomobilteams

In diesem Zusammenhang scheint es uns nötig, unser Selbstverständnis zu erläutern. Wenn auch das Schreiben des LEB mit den Worten endete: „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen hätten sich eine (...) Kontaktaufnahme vor Ort gewünscht...“, können wir dies nicht bestätigen. Bereits in der Vergangenheit war unsere Kontaktaufnahme zu den Mitarbeiter_innen selten von Erfolg. Mittlerweile ist es uns untersagt, das Gelände des KJND zu betreten; eine weiße Linie auf dem Parkplatz dürfen wir nicht überschreiten.

Wir weisen scharf Aufforderungen von Betreuer_innen und Security-Personal an uns zurück, bei Streit oder aggressivem Verhalten der Jugendlichen einzugreifen. Dieses sind Kernaufgaben des pädagogischen Personals. Wenn die Pädagog_innen diese, aus welchen Gründen auch immer, nicht bewältigen können oder wollen, kann es keine Lösung sein, diese an uns zu delegieren. Wir sind vor Ort für unabhängige Beratung und Unterstützung.

Während aber versucht wird, uns als Hilfskräfte einzuspannen, nehmen wir uns gegenüber bezüglich unseres Unterstützungsangebots eine distanzierte und sogar ablehnende Haltung wahr. Jugendliche wurden vor uns „gewarnt“: Wir könnten ihnen ohnehin nicht helfen und würden ihnen sogar schaden. Es wurde auch angedeutet, auf sie kämen Schwierigkeiten im Asylverfahren zu, sollten sie sich zu sehr an unseren Ratschlägen orientieren. Einige Betreuer_innen nutzen die Unsicherheit der Jugendlichen aus, um sie von einer Beratung von uns fern zu halten. Dieses Verhalten ist nicht akzeptabel und widerspricht den Betreuungsaufgaben in Hinblick auf das Wohl der Jugendlichen.

Gewaltübergriffe des Sicherheitspersonals

Von Seiten des Sicherheitspersonals wird Gewalt angewendet! Uns sind Fälle bekannt, in denen brutal gegen Jugendliche vorgegangen wurde, sogar mit der Folge, dass diese mit teilweise schweren Verletzungen ins Krankenhaus kamen. Es ist dringend erforderlich, aufzuklären, wie es in einer pädagogischen Einrichtung zu solchen Gewaltübergriffen seitens des Personals kommen kann, und wir drängen auf eine Stellungnahme dazu. Gewalttätige Übergriffe des Sicherheitspersonals stellen eine massive Kindeswohlgefährdung dar. Werden Sie über solche Vorfälle informiert und wie bewerten Sie diese?

Hausverweise als Sanktionsmittel andauernd und ausgeweitet

Als Rechtfertigung für diese und andere fragwürdige Maßnahmen werden oft Provokationen und Aggressionen der Jugendlichen angeführt. Von professionell arbeitenden Pädagog_innen erwarten wir allerdings einen angemessenen Umgang mit schwierigen Situationen. Da Sie als Trägersaufsicht die Hausverweise als pädagogische Maßnahme laut dem Schreiben vom 21.03.2014 hin kritisch bewertet haben und mit den Trägern einen „zielgerichteten Dialog über den Umgang mit Gewalt und Gewaltandrohung“ führen wollten, würden wir gerne über die Ergebnisse informiert werden. Denn wir müssen ein halbes Jahr später feststellen, dass Betreuer_innen dieses Sanktionsmittel immer noch und sogar in verstärkter Form anwenden.

Schilderungen von Jugendlichen entnehmen wir, dass mittlerweile der Zeitraum der Hausverweise in einigen Fällen nicht nur einen Tag betrug, sondern auf eine Woche ausgeweitet wurde. Im Speziellen sagten uns Jugendliche, dass sie von 10 Uhr bis 20.30 Uhr das Gelände der EVE/des KJND nicht betreten durften. Konkret bedeutet das, dass sie nach dem Frühstück von allen weiteren Mahlzeiten ausgeschlossen sind und auch Toilettengänge nicht gewährleistet sind. Bestätigt wurde das Verwehren des Zutritts zum Gelände von einer Betreuerin mit der irritierenden Aussage, dieses diene hin und wieder zur Vorbereitung auf den Schulbesuch.

Diese Situation steht im krassen Widerspruch zu Ihren geplanten Maßnahmen.

Wie werden diese Maßnahme eigentlich den Jugendlichen erklärt? Sind Dolmetscher_innen beim Verhängen des Hausverweises dabei?

Essensituation

Unseren Informationen zufolge hat sich die Essenversorgung bislang nicht wesentlich verbessert. Uns interessiert, inwieweit bereits Kühlschränke für alle Jugendlichen in ihren Zimmern bereit gestellt wurden und wie die Versorgung im Einzelnen erfolgt. Mit welchen Lebensmitteln werden die Kühlschränke wie häufig befüllt?

Während des Ramadans stellten wir fest, dass auf religiöse Praxen keine Rücksicht genommen wird: Die Essenszeiten wurden nicht an die Fastenzeiten angepasst. Fastende Jugendliche waren so gezwungen, ohne finanzielle Mittel abends auswärts zu essen. Dabei konnten sie die Rückkehrzeiten am Abend nicht einhalten, sind mithin negativ aufgefallen. Mit derartigen Zielkonflikten wird es den Jugendlichen unmöglich gemacht, die „wenigen Basisregeln“ einzuhalten. Wir weisen darauf hin, dass dieses zu beachten ist, wenn die Nichteinhaltung von Regeln beklagt und als Erklärung für aufkommende Konflikte angeführt wird.

Kommunikation bzgl. Termine, ASD, Amtsvormünder_innen, Beratung

Im Schreiben vom März kündigten die Träger an, dass Termine, die Jugendliche wahrzunehmen haben, ab sofort direkt nach Bekanntwerden mündlich wie schriftlich kommuniziert würden. Können Sie diese von Ihnen als „vorteilhaft“ bewertete Veränderung als mittlerweile gängige Praxis bestätigen?

Wir können bezüglich der Kontaktherstellung zwischen den Jugendlichen und ihren Zuständigen beim ASD sowie den Amtsvormünder_innen keine Verbesserungen feststellen. In manchen Fällen wurde Jugendlichen sogar die Übergabe der Kontaktdaten verweigert. Oft kennen sie ihre Vormünder_innen nicht, weder persönlich noch namentlich. Zuständigkeitswechsel innerhalb des ASD wurden in einigen Fällen erst Wochen später mitgeteilt, so dass die Jugendlichen währenddessen keine Ansprechpartner_innen hatten und somit verhindert wurde, dass sie sich aktiv für ihre Belange einsetzen konnten. Immer wieder fällt uns auf, dass die Jugendlichen nicht ausreichend über ihre Rechte aufgeklärt sind. Viele wissen nicht, dass sie das Recht auf eine **juristische** Erstberatung haben. Stattdessen sind einige Betreuer_innen der Meinung, es sei ausreichend, die Jugendlichen selbst auf ihre Asylanhörnung vorzubereiten. Dies gehört eindeutig nicht zu den Aufgaben von Sozialarbeiter_innen/Sozialpädagoge_innen, sondern erfordert Anwälte_innen, und bewegt sich am Rande der Rechtswidrigkeit. Diese Praxis gehört umgehend unterbunden.

Schule und Deutschkurs

Viele Jugendliche müssen nach unserer Auskunft sehr lange warten, bis sie einen Schulplatz bekommen; in Einzelfällen bis zu einem halben Jahr. Dieses ist nicht nur hinsichtlich der Schulpflicht, die auch für minderjährige Flüchtlinge gilt, problematisch. Es führt zu einer äußerst schwierigen Situation für die Jugendlichen, die daran gehindert werden, die deutsche Sprache zu erlernen, sich auf einen Schulabschluss vorzubereiten und Zukunftspläne zu schmieden. Erschwerend kommt hinzu, dass oft nicht einmal ein Deutschkurs organisiert wird. So vergehen für die Jugendlichen mehrere Monate in Hamburg ohne die Möglichkeit, Deutsch zu lernen.

Zweifellos benötigt es Zeit, angesichts steigender Zugangszahlen organisiert neue Deutschkurs- und Schulplätze zu schaffen. Dennoch wissen wir aus eigener Erfahrung, dass beim HIBB kurzfristig Termine zu bekommen sind, um dem Jugendlichen einen Schulplatz zukommen zu lassen. Wir bitten Sie, genau zu überprüfen, warum die meisten Jugendlichen solche Termine nicht zeitnah erhalten.

Greifen Sie ein!

Diese Dokumentation offenbart erdrückende Missstände, die schnellstmöglich und ernsthaft geprüft werden müssen und bei Bestätigung ein Eingreifen von Sofortmaßnahmen bis hin zu nachhaltig angelegten Veränderungen erfordern.

Die Darstellung des LEB im Internet beschreibt den KJND folgend:

"Damit die minderjährigen Flüchtlinge nach ihrer strapaziösen Flucht zur Ruhe kommen, werden sie zunächst in einer Erstversorgungseinrichtung in Obhut genommen, wo sozialpädagogische Fachkräfte sie betreuen. Aufgabe der Erstversorgungseinrichtung ist es, die Flüchtlinge zu beraten und ihnen Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung bei der Bewältigung von Alltagsproblemen zu geben."

Wir fordern Sie auf, dafür Sorge zu tragen, dass diese Aufgabe korrekt erfüllt werden durch

- respektvollen Umgang mit den Jugendlichen im Sinne des Kindeswohls
- Akzeptanz von kulturellen und religiösen Unterschieden
- Zuwendung und echte Pädagogik
- angemessenen Umgang mit zum Teil schwer traumatisierten Jugendlichen
- gewaltfreien Umgang mit den Jugendlichen
- Zugang zu juristischer Beratung durch Anwälte_innen
- umfassende und umgehende Information der Jugendlichen über alle Anliegen, die sie betreffen

- ausreichende personelle, sozialpädagogische Ausstattung der Einrichtungen KJND und EVE
- angemessene Konfliktprävention und -intervention

Des Weiteren fordern wir seit langem:

- Schluss mit Altersschätzungen bei jugendlichen Flüchtlingen!

Mit freundlichen Grüßen

Das Team des Infomobils

P.S.: Kopien dieses Schreiben gehen ebenfalls an den Leiter des LEB, Hilfsstelle Fluchtpunkt, die Fraktionen der Hamburgischen Bürgerschaft. Wir behalten uns vor, diesen Schriftwechsel sowie weitere Dokumentationen der Situation zu veröffentlichen.